

Sächsische Elbzeitung

mit Königsteiner Anzeiger

Die Sächsische Elbzeitung mit Königsteiner Anzeiger enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Pirna, der Bürgermeister von Bad Schandau und Rathmannsdorf, der Finanzämter Sebnitz und Pirna. Verlag und Hauptverteilung: Bad Schandau, Jautenstraße 134 (Sebnitz 22). Geschäftsstelle und Schriftleitung für Königstein: Große Amtgasse 57 C (Sebnitz Amt Königstein 386). Anzeigenpreise: der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Pf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Pf. Preisliste Nr. 7. Erfüllungsort Bad Schandau. Annahmestelle für Anzeigen 9 Uhr, für Familienanzeigen 10 Uhr. Geschäftszeit werktags 8-12 und 14-18 Uhr.



Die Sächsische Elbzeitung mit Königsteiner Anzeiger erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis monatlich frei Haus durch Luottäger 1,85 RM, für Selbstabholer monatlich 1,65 RM, durch die Post monatlich 2 RM zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf. Nichterhalten einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Veteilebörse usw. rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises und Erfüllung von Anzeigenaufträgen. Für Rückgabe unvollständiger Beiträge übernehmen wir keine Gewähr. Einlieferungen ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt. Postfachkonto: Amt Dresden 33327. Girokonto: Stadtbank Bad Schandau 3412. Volksbank Bad Schandau 620.

Tageblatt für das Elbgebirge / Heimatzeitung für die

Amtsgerichtsbezirke Bad Schandau und Königstein (Elbe)

Nr. 176

Bad Schandau, Mittwoch den 30. Juli 1941

85. Jahrgang

19 Dampfer mit 116500 BRZ. versenkt

Großer Erfolg deutscher U-Boote — Auch zwei Kriegsschiffe vernichtet

Aus dem Führerhauptquartier, 29. Juli. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Deutsche Unterseeboote errangen in der Atlantikschlacht wiederum einen großen Erfolg. Von Zerstörern, Korvetten, Unterseebooten und Hilfskreuzern hart bedrängt, bekämpften sie tagelang einen britischen Geleitzug und versenkten insgesamt 19 Dampfer mit 116500 BRZ. Ferner wurden von den Sicherungskreuzern ein Zerstörer und eine Korvette vernichtet.

Angeheuerlich groß sind die bisherigen Lonnageverluste der Briten. Dies macht sich jetzt deutlich in einer Einschränkung des Verkehrs nach England bemerkbar, zumal die Briten überdies gezwungen waren, für den Nachschub an die Fronten des Nahen Ostens Schiffsraum aus dem Atlantik abzuziehen. Diese Verringerung des England-Verkehrs hat naturgemäß zur Folge, daß nicht alltäglich Erfolgsmeldungen unserer tapferen U-Boote kommen können. Wie aber zugepaßt wird, wenn die Briten sich sehen lassen, das zeigt die neueste Sondermeldung, die uns mit Dank an die tapferen Besatzungen rückt.

Rom. Der neue große Erfolg deutscher U-Boote im Atlantik wird von Agenzia Stefani stark hervorgehoben. Die qualitative und quantitative Stärke des Geleits habe den Angriff nicht verhindern können. Wieder einmal hätten die deutschen U-Boote den hohen Wert ihrer Mannschaften und ihrer Kampftechnik erwiesen.

* Der britische Generalpostmeister gab der Londoner Presse zufolge bekannt, daß zwischen dem 10. und 12. Mai in England ausgegebene Postfächer nach Afrika und Vorderasien durch feindliche Aktion verlorengegangen seien.

* Der Geschichtsprofessor an der Columbia-Universität, Allan Nevins, schildert, wie aus New York gemeldet wird, in einem Artikel die Auswirkungen der deutschen Luftangriffe auf die britische Insel. Obwohl der Verfasser mit Rücksicht auf die englische Freundschaft demüthigt ist, die starke Wirkung möglichst abzumildern, muß er doch zugeben, daß gerade die großen Versorgungs- und Rüstungszentren am schwersten gelitten hätten.

„Gebt uns um Himmelswillen Schiffe!“

Notfrei des früheren englischen Schifffahrtsministers Sir Ronald Croft an die Australier

Der frühere Schifffahrtsminister Sir Ronald Croft, der zum britischen Oberkommissar in Australien ernannt wurde, machte bei seiner Ankunft in Sydney seinem gegläuteten Herzen mit dem Aufschrei Luft: „Wenn Australien Schiffe bauen kann, so soll es sie uns um Himmelswillen geben!“ Deutlicher kann man Englands Schiffsraumnot nicht ausdrücken als mit den Worten dieses Spezialisten für Schiffsfragen. Damit ist die englische Behauptung von der Wirkungslosigkeit des deutschen Handelskrieges wieder eindeutig widerlegt. Als neuer Kommissar fühlte sich Sir Ronald, um den Schiffbauern des jüngsten Erdteils anzuspornen, noch zu der Feststellung veranlaßt, daß Australien nicht zu befürchten brauche, die englische Industrie würde mit argwöhnischen Augen über die Errichtung von Schiffswerften in Australien wachen. Sie stehe nämlich unter so scharfem Druck, um sich mit solchen Konkurrenzfragen beschäftigen zu können. Man sieht, daß der neue Kommissar alle Hemmnisse und Befürchtungen der Australier aus dem Wege zu räumen wünscht, um seinem Mutterland den so dringend benötigten und vermischten Schiffsraum zu verschaffen. Er fühlt sich sogar veranlaßt, Versprechen für die Zukunft abzugeben, deren Einhaltung er natürlich nicht in der Hand hat.

Churchill nimmt die Not leicht

Sein Gestammel enthüllt Abhängigkeit von USA

Im britischen Unterhaus fand eine Aussprache über die Rüstungsproduktion Großbritanniens statt, in deren Verlauf erstaunliche Einzelheiten über das mangelhafte Arbeiten der mit diesen Aufgaben betrauten Behörden und über das Durcheinander in der industriellen Erzeugung zutage kamen. Getreu seiner alten Methode machte sich Churchill allerdings keine Aufgabe recht leicht.

So leugnete er mit Nachdruck, daß es in der britischen Rüstungsproduktion irgendwelche Chaos gäbe. Lag in seinen Worten bereits ein ziemlich unverblümtes Eingeständnis der wirklich vorhandenen Mängel und Schwierigkeiten, so mußte Churchill weiter zugeben, daß die drei Ministerien des Krieges bei der Ausführung des vom Kabinet beschlossenen Rüstungsplanes Mangel an Energie gezeigt hätten und daß sich auf Grund von Uebereifer Sirettigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten unter ihnen ergeben hätten.

Zur Täuschung des „nordamerikanischen Lieferungsanscheinens“ gab Churchill zu, daß es in dieser Hinsicht noch viel Platz für Verbesserungen und Verbesserungen gäbe, um dann mit folgenden Worten das Verhältnis zu seinen plutokratischen Kriegsheber-Freunden in den USA zu präzisieren: „Wir sind natürlich mit unseren amerikanischen Freunden und Helfern zu einem genau unrisikoreichen Abkommen gelangt. Sie übernehmen in der gemeinsamen Sache ungeheure Anstrengungen und verlangen daher natürlich sehr vollständige Angaben darüber, was mit den von ihnen gelieferten Gütern geschieht und ob irgendwelche Verschwendung oder schlechte Leistung besteht. Es ist unsere Pflicht, sie darüber zu beruhigen, daß es kein Durcheinander gibt und daß sie für ihr Geld auch den entsprechenden Gegenwert bekommen. Wir betonen ihre Kritiken, denn diese sind gleichzeitig freundschaftlich und gut unterrichtet.“

Diese Ausführungen liefern auch einen klaren Beweis für die völlige Abhängigkeit des einst so stolzen Albions vom dem früher hochmütig belächelten Vetter jenseits des Atlantik.

Dieselbe Sorge, den schlechten Eindruck zu verwischen, den die kürzliche Unterhaus-Aussprache in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, bewegt Churchill auch in seinen weiteren Ausführungen, in denen er sich vor allem gegen die Vorwürfe hinsichtlich der Flugzeugproduktion zu verteidigen suchte. Auch die in der Unterhaus-Aussprache vorgebrachte Behauptung, daß die britische Industrie nur zu 75 v. H. ihrer Leistungsfähigkeit arbeite, hat auf Churchill offensichtlich äußerst peinlich gewirkt. Er meinte, dies sei eine ernste Angelegenheit, und er müsse an die Wirkungen in Australien denken, wo sich die Parteipolitik in etwas robuster Weise auf eigenen

Wegen abspiele. Die australischen Truppen, die in hervorragender Weise an dem schwersten Teil der Kämpfe im mittleren Orient beteiligt waren, müßten mit Schmerz vernommen haben, daß Großbritannien nur drei Viertel seiner Leistungsfähigkeit aufbringe, und in den USA müsse eine derartige Erklärung ein Teststein für die Isolationisten gewesen sein.

Der finnische Vormarsch östlich des Ladoga-Sees

Helsinki, 30. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Ueber die Kriegooperationen in Ladoga-Karelien kann mitgeteilt werden, daß die Nordostküste des Ladoga-Sees vollständig in unserm Besitz ist, und zwar bis Tulos, jenseits der alten Grenze, wie auch die Inseln Mansinääri und Lunkulanääri. Landungsversuche des Feindes auf Mansinääri sind für diesen mit schweren Verlusten juridisgeschlagen worden, in dem der Feind mehrere hundert Gefallene verlor. Die finnischen Truppen haben östlich des Ladoga-Sees in weniger als drei Wochen ein viele Male größeres Gebiet erobert als die sowjetischen Truppen während des letzten Krieges in drei Monaten besetzten, und bedeutend mehr, als was im Osten den Bolschewisten durch den Moskauer Frieden zuzielte.

„Unsere Kämpfer ergeben sich nicht!“

Sowjetische Frei mit Polen

Die Sowjettruppen im Krim, die es allem Anschein nach in steigendem Maße bitter nötig haben, den Widerstandswillen der verbliebenen Massen aufzuspielen, erlassen jetzt täglich geharnischte Aufrufe, in denen es von unerschöpflich ausgegebenen Worten wie „Vaterlandsliebe“ und „Kämpfergeist“ nur so wimmelt. Am Dienstag brachte der bolschewistische Nachrichtendienst einen Artikel über das Thema: „Man muß den Tod verachten“, in dem der Verfasser zunächst bis in das 13. Jahrhundert zurückgreift, um ein würdiges Vorbild zu ergattern. Bei der Gegenwart angelangt, wertet der Sowjetredakteur dann über die „Freiglinge, die der feindlichen Armee den Weg ebnen“ und schmettert abschließend die Parole heraus: „Unsere Kämpfer ergeben sich nicht, sie ziehen den Tod der Gefangenschaft vor.“

Jakob Dschugaschwill, seines Zeichens ältester Sohn Stalins, wird in diesem Artikel merkwürdigerweise nicht als „Vorbild“ genannt, auch nicht die in Sowjet-Bunkern und Panzerwagen eingeregelteten „Helden“, die zwangsweise den Tod der Gefangenschaft vorziehen müssen; und schließlich auch nicht die Masse der Bolschewiken, hinter denen zum Zwecke der „Heroisierung“ die sowjetischen Kommissare mit Pistolen und Maschinengewehren stehen. Der lüdenhafte Aufruf teilt auch nicht mit, ob Stalin sich bereits den fälligen, selbst diktierten Genießschuß gegeben hat.

* Als weitere Gegenmaßnahme gegen Roosevelts Einfrierungsorder wurde von Japan die Einführung der Exportkontrolle für Rohseide und Seidenfaser, deren Hauptbezieher bekanntlich die USA sind, angeordnet.

* Auf Grund der weiteren Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Japan und den USA wird, wie Domei meldet, der japanische Botschafter in Washington, Komura, den Gefandten Watajuki zur Berichterstattung nach Tokio entsenden.

* Wie United Press aus maßgeblichen Londoner Kreisen erfährt, bereitet die britische Regierung die Aufstellung einer schwarzen Liste von Firmen vor, die mit Japan Geschäftsverbindungen unterhalten.

* In Aleppo kam es infolge der Raubzüge der Australier zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungsgruppen, bei denen drei Australier getötet und mehrere verwundet wurden. Die britische Militärbehörde hat das Kriegsrecht verhängt. Innerhalb der Besatzungsgruppen sind Zusammenstöße zwischen Australiern und Marokkanern an der Tagesordnung.

Dollarimperialismus bedroht Südamerika

Die südamerikanischen Länder haben die Besuche der Freundschaftskommissionen aus den Vereinigten Staaten satt, erklärte dieser Tage der bekannte nordamerikanische Schriftsteller John Erskine nach seiner Rückkehr aus dem Süden der Neuen Welt, wo er im Auftrag des Rockefeller-Ausschusses Vorträge über nordamerikanische Literatur gehalten hat. Wie sollte es auch anders sein? Hat doch der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, gerade in letzter Zeit alles getan, um Klarheit darüber zu schaffen, daß die südamerikanischen Länder vom Weissen Hause dazu anzuersuchen worden sind, Hörige der Vereinigten Staaten zu werden! Mit überlieferten Erpressermethoden und wilden Drohungen versucht Roosevelt seit vielen Monaten die südamerikanischen Länder den politischen Zielen seiner Regierung dienstbar zu machen. Verstärkt wurde die Kampagne der Vereinigten Staaten gegen Südamerika und dessen Beziehungen zu Europa etwa Mitte Mai 1940, nach der Verurteilung Nelson Rockefeller zum Leiter einer neugegründeten Zentralfirma zur Koordinierung der Handels- und kulturellen Beziehungen zwischen den amerikanischen Republiken. Mit einer Blödsichtigkeit, die eine höhere Weisung klar erkennen ließ, verurteilte damals die Zeitungen der Vereinigten Staaten, ein lebenswichtiges Interesse Nordamerikas an der wirtschaftlichen Entwicklung der südamerikanischen Länder zu konstruieren. Insbesondere waren es die Juden, so vor allem der berühmte New-Yorker Oberbürgermeister La Guardia, die der Bevölkerung des Südens das Vorhandensein einer gesamtamerikanischen Solidarität vorkäuseln wollten. In Wahrheit aber war es den Nordamerikanern bei diesen Aktionen nicht um die Förderung der südamerikanischen Staaten zu tun, sondern vielmehr um die Bevorzugung dieser Länder.

Solidarität des Diebstahls und des Verbrechens

Ein billiges Mittel, Südamerika sich dienstbar zu machen, glaubte Washington in Kreditgewährungen gefunden zu haben. Im März 1941 ging Washington einen Schritt weiter, indem es durch seine diplomatischen Vertreter an die südamerikanischen Staaten mit dem Ansuchen herantrat, die in ihren Häfen liegenden ausländischen, vor allem deutschen und italienischen Schiffe, zu beschlagnahmen. Es war der Außenminister der Vereinigten Staaten, Hull, selbst, der die Welt mit der Bekanntgabe dieses Schrittes überraschte, indem er in aller Offenheit erklärte, die Vereinigten Staaten hätten „aus Gründen der amerikanischen Solidarität“ den anderen Ländern ihres Kontinents Mitteilung gemacht von der Beschlagnahme deutscher und italienischer Schiffe. Die Vereinigten Staaten ließen es jedoch nicht bei Empfindlichkeiten bewenden, sondern sie versuchten, durch starke Druckmittel politischer und wirtschaftlicher Natur die Nachahmung des von ihnen gegebenen Beispiels zu erzwingen! Dieses Vorgehen war um so niederträchtiger, als viele der Länder, von denen man eine Solidarität des Diebstahls und des Verbrechens verlangte, nicht einmal Besatzungen besaßen, um die rechtswidrig in Besitz genommenen Schiffe bemannt zu können. Immerhin hat Washington durch diese erpresserische Politik erreicht, daß mehrere mittel- und südamerikanische Länder aus der Zwangslage ihrer Abhängigkeit heraus und im Gegensatz zur öffentlichen Meinung sich im Interesse Nordamerikas zu bedenklichen rechts- und neutralitätswidrigen Handlungen verhielten, die in der Endauswirkung eine Schädigung der eigenen Wirtschaft bedeuteten.

Im Zuge der Einmischung in europäische Angelegenheiten forderte Roosevelt sodann eine gesamtamerikanische Ausfuhrkontrolle, durch die alle kriegswichtigen Rohstoffe von den Staaten des Dreimächtepaktes ferngehalten werden sollten. Des weiteren ist hier das Verlangen nach einer Sperrung des Guthabens der Achsenmächte zu erwähnen. Im Hintergrund stand dabei für Roosevelt die Ueberlegung, auf diesem Wege den Rohstoffbedarf für die eigene Ausrüstung und die Englandhilfe sichern zu können. Für Südamerika aber war jedes Eingehen auf diese Pläne Roosevelts mit schwersten Gefahren verbunden, weil selbstverständlich die Vereinigten Staaten die Rohstoffe in dem heutigen Umfang niemals auf die Dauer abnehmen können. Roosevelt aber, dessen Politik sich ganz dem Dollarimperialismus verschrieben hat, hat sich in seinem blindwütigen Haß brutal über die Interessen der südamerikanischen Länder hinweggesetzt. Bedauerlich dabei ist nur, daß manche südamerikanischen Länder die folgenreichere Problemstellung nicht genügend erkannt und sich allzu willig den Befehlen Roosevelts und den nordamerikanischen Interessen gebeugt haben. Eine weitere brutale Mißachtung der südamerikanischen Unabhängigkeit stellt die Einführung der sogenannten Schwarzen Listen am 17. Juli 1941 dar. Unter unerhörtem Druck hat Nordamerika im Zuge dieser Maßnahmen abermals die südamerikanischen Regierungen zu völlig rechtswidrigen Maßnahmen gezwungen und diese Staaten zu Prohibitoren Nordamerikas erniedrigt. Für die struppelosen Methoden Roosevelts ist kennzeichnend, daß in Washington offen zugegeben wird, daß das Büro Rockefeller etwa 5000 südamerikanische Firmen überwacht und daß etwa 17000 amerikanischen Firmen Beihilfe zur Aufstellung dieser Schwarzen Listen geleistet, also Handelsespionage getrieben haben.

Endziel: Völlige wirtschaftliche Unterjochung

Alles in allem ergibt sich also, daß Roosevelt planmäßig die völlige wirtschaftliche Unterjochung Südamerikas und die wirtschaftliche Vorherrschaft der Vereinigten Staaten erstrebt. Ganz im Rahmen dieser Politik liegt das Verlangen nach der Bildung einer gesamtamerikanischen Zollunion. Südamerika soll auf Geduld und Verderb an die Vereinigten Staaten angesetzt werden, damit